

N i e d e r s c h r i f t

HFA/020/2011

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 13.09.2011**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Frau Ulrike Stockel	SPD	Vertretung für Herrn

Herr Josef Wilp

CDU

Falk Toczkowski

Vertretung für Herrn
Dieter Fühner

Gäste:

Frau Bettina Gringel

bis 19:40 Uhr - TOP 5

Frau Barbara Zillgen

bis 19:40 Uhr - TOP 5

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann

Erster Beigeordneter

Herr Axel Linke

Beigeordneter

Herr Werner Lütke-meier

Stadtkämmerer

Herr Heinz Hermeling

Fachbereichsleiter FB 7

Herr Bernd Weber

bis 19:45 Uhr - TOP 7

Herr Werner Schröer

bis 19:40 Uhr - TOP 5

Herr Stephan Aumann

Produktverantwortlicher
Stadtplanung

Herr Günter Strauch

bis 20:35 Uhr - TOP 11

Frau Julia Kersting

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer

SPD

Ratsmitglied

Herr Dieter Fühner

CDU

Ratsmitglied

Herr Falk Toczkowski

SPD

Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils schlägt Frau Dr. Kordfelder vor, die Vorlage 326/11, Eingaben an den Rat der Stadt Rheine bzw. den Haupt- und Finanzausschuss, im öffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 12 zu behandeln.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 28. Juni 2011

0:03:32

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28. Juni 2011 gefassten Beschlüsse

0:03:47

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe.

3. Informationen

3.1. Liquiditätslage der Stadt Rheine

0:04:09

Herr Lütke-meier gibt bekannt, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von rund 5,3 Millionen € in Anspruch genommen werde.

3.2. Entwicklung Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen

0:04:37

Herr Lütke-meier gibt folgende Information:

Informationen zur Ausführung des Haushalts 2011

Letztmals in der HFA-Sitzung am 28.06.11 hatte ich Sie im Rahmen des Berichtswesens zum Stichtag 31.05.11 über die Entwicklung des Sonderbereiches 9 – Zentrale Finanzleistungen informiert. Danach musste von einer Verschlechterung des Ergebnisses um 276.000 € ausgegangen werden. Aufgrund von aktuellen Erkenntnissen möchte ich Sie Heute ergänzend zum turnusmäßigen Berichtswesen auf folgende Gesichtspunkte hinweisen.

Die aktuell vorliegenden Festsetzungen für die Grundsteuer B und die Erfahrungswerte der Vorjahre hinsichtlich von ausstehenden Festsetzungen im 2. Halbjahr machen es erforderlich, bis zum Jahresende Mindererträge von ca. 170.000 € zu prognostizieren.

Demgegenüber haben sich die Gewerbesteuererträge in den letzten Monaten auch im Vergleich zum Vorjahr weiterhin positiv entwickelt. Aktuell betragen die Gesamterträge 33,828 Mio. €. Das sind 3,274 Mio. € mehr als veranschlagt. Unter Berücksichtigung der höheren Gewerbesteuerumlage verbleiben gegenüber der Haushaltsplanung netto Mehrerträge von 2,741 Mio. €.

Zusammenfassend betrachtet können wir für den Sonderbereich 9 nunmehr von einer Verbesserung von 2.295.000 € ausgehen.

3.3. Unwetter in Ostdeutschland - Partnerstadt Bernburg

0:06:40

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass das schwere Unwetter in Ostdeutschland auch Außenbereiche der Partnerstadt Bernburg getroffen habe. Rund um Bernburg herrschen katastrophale Zustände. Seit gestern habe man versucht, mit dem Oberbürgermeister, Herrn Schütze, Kontakt aufzunehmen. Dieses sei leider nicht gelungen, weil Herr Schütze rund um die Uhr in der Einsatzleitstelle sei, den Medien Rede und Antwort stehen würde oder bei den Katastropheneinsätzen unmittelbar vor Ort sei. Frau Dr. Kordfelder spricht Ihre Betroffenheit für die Stadt Bernburg aus. Schriftlich werde dieses ebenfalls noch erfolgen, da eine besondere Verbundenheit zur Partnerstadt bestehe. Derzeit werde in Zusammenarbeit mit dem Städtepartnerschaftsverein überlegt, wie man Hilfestellungen geben könne, beispielsweise durch einen Spendenaufruf. Um zu wissen, in welcher konkreten Weise Hilfe benötigt werde, erfordere es aber Kontakt zum Oberbürgermeister.

4. Unterhaltsreinigung in Schulen Vorlage: 276 / 11 / 1

0:08:36

Frau Nagelschmidt bittet den Haupt- und Finanzausschuss um Zustimmung. Es wäre wünschenswert gewesen, dass die Verwaltung mit einem gutem Beispiel voran gegangen wäre und zunächst die anderen städtischen Einrichtungen, wie das Rathaus, auf Einsparpotenzial in Bezug auf die Reinigungsintervalle untersucht hätte.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass die Verwaltung im Sinne der Vorbildfunktion über das Thema „Reinigung in öffentlichen Gebäuden bzw. im Rathaus“ gesprochen habe. Hierzu werde es auch eine Vorlage geben. Man werde auch im Rathaus die Reinigungsintervalle runterfahren.

Herr Mollen fragt an, welche Rücksprachen mit den Schulleitern gehalten worden seien, ob auf den Vorschlag aus der Schulausschusssitzung eingegangen werde, eine Differenzierung zwischen Sommer- und Winterreinigung vorzunehmen und ob es gegebenenfalls Erfahrungen aus anderen Städten gebe.

Herr Kuhlmann informiert, dass diese Gespräche aufgrund der Schulferien noch nicht geführt worden seien. Die Gespräche werden aber selbstverständlich noch geführt werden. Außerdem sei eine Orientierungsphase geplant. Auch, dass saisonale Unterschiede gemacht werden sei selbstverständlich. Der Kommunalvergleich sei nicht erheblich, wesentlich sei, dass die DIN Norm 77400 eingehalten werde. Die Zurückführung der Reinigungsleistung beziehe sich nicht auf besonders kritische Bereiche, wie den Toilettenräumen, Nassräumen, Speiseräumen, Mensen und Küchen. Diese werden natürlich weiterhin täglich gereinigt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst zur Reduzierung der Unterhaltsreinigungskosten die folgenden Beschlüsse:

1. Reduzierung von Reinigungsintervallen
 - 1.1 Grundschulen
An Grundschulen wird für Klassenräume eine 2-tägige Bodenreinigung eingeführt (bisher tägliche Reinigung). Schultische werden weiterhin täglich gereinigt.
 - 1.2 Weiterführende Schulen
An den weiterführenden Schulen werden die Böden in Klassen- bzw. Kursräumen einmal wöchentlich gereinigt (bisher 2-tägige Reinigung). Schultische werden zweimal wöchentlich gereinigt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Vertragsänderungen bzw. Neuausschreibungen von Reinigungsleistungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Integriertes Handlungskonzept Dorenkamp Vorlage: 337 / 11

0:13:48

Herr Kuhlmann erläutert, dass die finanziellen Bedenken verständlich seien. Ein solches Projekt könne man nur durchführen, wenn man wisse, wie man es finanziell leistungsfähig gestalten könne. Herr Kuhlmann wünscht, dass dieser Tagesordnungspunkt als eine erste Lesung betrachtet werde und begrüßt die beiden Referentinnen Frau Gringel und Frau Zillgen vom Stadtplanungsbüro Dr. Jansen.

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass Herr Aumann und er für Beratungen in den Fraktionssitzungen zur Verfügung stehen werden.

Frau Zillgen informiert anhand der der Vorlage beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über das Integrierte Handlungskonzept Dorenkamp.

Herr Kuhlmann informiert, dass es auch die Möglichkeit gebe, die Freiflächen der Damloup-Kaserne durch Fördermittel unterstützt zu erwerben. Herr Kuhlmann sei davon überzeugt, dass man mit einem solchen Projekt auf dem richtigen Weg sei. Ein solches integriertes Projekt stelle die Zukunft der Städtebauförderung dar. Man werde zukünftig keine Einzelförderung für Kleinprojekte mehr bekommen. Das Konzept sei ein Vorschlag. Man könne natürlich auch ein bestimmtes Förderprogramm mit einem etwas geringeren Betrag einsetzen. Nur die Leuchtturmprojekte dürfe man nicht absägen, da es sonst keine weitere Förderung der Bezirksregierung gebe.

Herr Dewenter hält fest, dass es ein Ziel sei, die Sozialstruktur im Dorenkamp zu verbessern. Sehr viele der Förderprogramme beziehen sich auf den Wohnungsbau. Was bisher an Wohnungsbau stattgefunden habe, könne er nur begrüßen, jedoch sei dadurch keine Durchmischung der Bevölkerung gelungen. Diejenigen, die in den alten Wohnungen gewohnt haben, habe man in die neuen Wohnungen umgesetzt. Junge Familien seien dadurch nicht in den Dorenkamp gezogen. Es müsste ein größerer Fokus darauf gelegt werden, dass sich junge Familien dort ansiedeln.

Herr Reiske macht deutlich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von dem Projekt insgesamt sehr angetan sei. Es stelle sich jedoch die Frage, ob überhaupt noch Neubaugebiete im Randbereich der Stadt zugelassen werden sollen. Dadurch käme es im Kernbereich der Stadt zu weiteren Leerständen. Absolut unerlässlich und bedeutsam sei die energetische Gebäudesanierung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hoffe, dass diese auch in dem Projekt implementiert werde. Herr Reiske regt an, vor Ende Oktober eine Veranstaltung im Dorenkamp durchzuführen, um die Menschen dort mitzunehmen und daran zu beteiligen.

Herr Ortel bekennt, dass das Projekt eine ungeheure Faszination ausübe. Dennoch müsse man das Projekt auch vor dem Hintergrund der desolaten finanziellen Situation sehen. Er gibt zu bedenken, dass man mit diesem Projekt eventuell auf die Haushaltssicherung zusteure. Ein weiteres Problem sei mit der Aufwertung des Kirmesplatzes gegeben. Die verschiedenen Maßnahmen seien dort sicher wünschenswert, jedoch gebe es an anderen Stellen, wie z. B. dem Marktplatz ähnliche Wünsche. Man müsse das Projekt auch vor dem Hintergrund gesamtstädtischer Gerechtigkeit, Vermittelbarkeit und Durchsetzbarkeit sehen.

Herr Mollen erläutert, dass sich die SPD-Fraktion mit der Detailbetrachtung der einzelnen Projekte noch nicht intensiv beschäftigt habe. Man habe sich zunächst mit dem Gesamtkonzept auseinandergesetzt. Das Ergebnis der 2-jährigen Arbeit könne sich sehen lassen und sei zukunftsweisend und beispielhaft. Es sei an dieser Stelle mühselig, Einzelprojekte zu vergleichen. Man müsse das Gesamtkonzept sehen. Für die finanziellen Probleme gelte es, kreative Lösungen zu finden, eine politische Meinungsbildung herbeizuführen und Prioritäten zu setzen. Man habe die Aufgabe in den nächsten Wochen und Jahren zu entscheiden, welche Projekte und welche Planungen in Rheine über dieses neue Gesamtkonzept, Soziale Stadt Dorenkamp, im Entwicklungskonzept 2020 abgearbeitet werden kön-

nen und an welchen Stellen man gegebenenfalls Teilprojekte in der Stadt Rheine noch verschieben könne, sodass man dieses Gesamtkonzept umsetzen können. Es habe einen exemplarischen Charakter für den Dorenkamp, könne aber von der Planung her noch auf andere Stadtteile in Rheine übertragen werden. Dieses Projekt werde auf absehbare Zeit eines der Projekte sein, bei denen die Stadt Rheine Fremdmittel in einem nicht unerheblichen Maße bekommen werde. Das Projekt biete der Stadt Rheine und damit auch der Politik in den nächsten Jahren Gestaltungsmöglichkeiten.

Herr Niehues bemängelt, dass das Projekt in erster Linie ein Wohnungsbau- und Entwicklungsprogramm sei. Mit einer sozialen Stadt habe das wenig zu tun. Es erscheine in erster Linie ein Programm für den Wohnungsverein zu sein, denn viele Projekte und Maßnahmen werden sich Einzeleigentümer trotz einer gut gemeinten Sanierungsberatung nicht leisten können und wollen. Hinzu komme, dass auf der anderen Emsseite das Projekt der General-Wever-Kaserne derzeit brach liege. Jetzt wolle man dem weitere Pläne für die Damloup-Kaserne entgegen setzen. Für diese Projekte sei kein Geld vorhanden. Herr Niehues bittet die Verwaltung zu prüfen, welche Maßnahmen aus diesem Projekt ohne finanzielle Beteiligung der Stadt Rheine realisierbar seien, bei der die einzelnen Schritte in sich wirksam werden können. Sollte man 70 % Landesmittel bekommen und die restlichen 30 % aus der Privatwirtschaft getragen werden können, wäre nichts dagegen einzuwenden. Herr Niehues weist darauf hin, dass Herr Kuhlmann zu Projektbeginn gesagt habe, dass es eine Reihe von Ideen und Maßnahmen gebe, die ohnehin im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen seien. Herr Niehues bittet um eine Stellungnahme dazu, welche konkreten Maßnahmen und Projekte, die hier vorgeschlagen werden, bereits Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung seien.

Herr Holtel merkt an, dass der Kirmesplatz den Anforderungen der Bewohner und den Kirmesbesuchern genüge. Die Schulhöfe würden abends beleuchtet werden, um Vandalismus vorzubeugen. Es sei fraglich, ob man diese für viel Geld weiter ausbauen wolle. Die derzeitige Infrastruktur genüge dort. Man habe einen Zeitplan für die Konversionsflächen erstellt. Nachdem die Gartenstadt Gellendorf soweit beendet sei, sei als nächstes Projekt die General-Wever-Kaserne geplant. Fraglich sei, ob man nun wirklich die Damloup-Kaserne als nächstes Projekt vorziehen wolle. Sollen dort neue Wohnungen geschaffen werden, obwohl es in Rheine keine Wohnungsnot gebe. Es stelle sich die Frage, ob das Projekt, welches in einigen Teilen sehr üppig zugeschnitten sei, in der Gesamtheit überhaupt umsetzbar sei.

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass die dargelegten Sichtweisen verständlich seien. Ob man ein solches Projekt in Zeiten knapper Kassen durchführen könne, sei fraglich. Die Alternative sei jedoch, dass das Projekt im Dorenkamp nicht durchgeführt werde. Man müsse Projekte angehen, die für die Stadtentwicklung förderlich seien, weil es um die Zukunft der Stadt Rheine gehe. Stadtentwicklung müsse ein integriertes Konzept zugrunde haben. Die Damloup-Kaserne habe großes Potential. Mehr als die General-Wever-Kaserne, da sie nicht integriert liege. Den Zeitplan für Konversionsflächen müsse man noch einmal überdenken und gegebenenfalls die Prioritäten ändern. Es handele sich hierbei auch nicht um ein Projekt, welches für den Wohnungsverein zugeschnitten sei. Der Dorenkamp habe durch den Wohnungsverein einen Partner, der etwas bewege. Es sei Aufgabe der Stadtplanung, mit einem intelligenten Konzept integriert, über die gesam-

ten Fachbereiche hinweg, eine Planung zu entwickeln, die letztendlich für den Dorenkamp zum Erfolg werde.

Frau Zillgen ergänzt, dass für junge Familien in vielerlei Hinsicht verschiedene Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen. Als erste bauliche Maßnahme soll eine Teilraumanalyse zum Thema „Wohnen“ erstellt werden, um Gewissheit über die Wohnungsnachfrage zu bekommen, um dann dementsprechend die Bestände zu entwickeln. Darüber hinaus seien die Maßnahmen, bezogen auf den öffentlichen Raum, auch für Familien ansprechend. Man habe insbesondere Projekte berücksichtigt, die sich auf Familien ausrichten. Frau Zillgen empfiehlt, keine weiteren Neubauf Flächen auszuweisen, damit sich Entwicklungen auf den Stadtteil Dorenkamp konzentrieren. Über das Hof- und Fassadenprogramm sei leider die Förderung einer energetischen Sanierung nicht möglich.

Frau Gringel merkt an, dass die energetische Sanierung zwar nicht aus dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ gefördert werde, aber dass man dadurch einen besseren Zugang zu anderen Fördermöglichkeiten habe.

Frau Zillgen informiert, dass eine Beteiligungsveranstaltung aufgrund des strengen Zeitplanes für die Bewohner von Dorenkamp vorerst nicht vorgesehen sei. Beteiligungsveranstaltungen seien aber im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ notwendig. Bei der Umsetzung fast aller Maßnahmen seien die Bewohner zu beteiligen.

Herr Kuhlmann ergänzt, dass bei den Maßnahmen eine politische Beratung im Vorfeld stattfinden werde. Finanzielle Ohnmacht bedeute nicht, dass man auch politisch ohnmächtig werde. Mit der sozialen Stadt habe man die einzige Möglichkeit, Stadtentwicklung aus dem großen Topf zu betreiben.

Frau Zillgen erläutert, dass städtebauliche Einzelmaßnahmen nicht mehr gefördert werden. Natürlich bestehe die Möglichkeit, einige Maßnahmen ein Stück weit zurückzufahren, das könne aber nur in einer Dimension passieren, in der die Grundstrukturen des Konzeptes noch erhalten bleiben. Frau Zillgen macht deutlich, dass der Stadtteil Dorenkamp zu einem der Stadtteile zähle, bei denen es Handlungsbedarf gebe. Frau Zillgen bezieht sich auf die Problematik des Vandalismus an Schulen. Wenn man eine Maßnahme auf einem Schulgelände über eine Förderung umsetze, müsse diese Nutzung auch allen öffentlich zugänglich sein. Die Wahrscheinlichkeit für Vandalismus nehme sehr stark ab, wenn man die Schüler und Jugendlichen bei der Planung und Umsetzung mit einbeziehe, weil dann die Verantwortung für die selbst geschaffenen Dinge steige.

Herr Kuhlmann erläutert, dass diskutiert worden sei, wie das Projekt finanziell durchführbar sei. An der einen oder anderen Stelle müssten Einsparungen vorgenommen werden. Dieses Projekt würde dann zu Lasten anderer Projekte gehen.

Herr Lütke-meier macht deutlich, dass es im Stadtteil Dorenkamp gewichtige Probleme gebe, welche sich nicht einfach lösen lassen und mit fortschreitender Zeit größer werden. Man müsse sich die Frage stellen, wie schwergewichtig die Probleme seien, ob es dringenden Handlungsbedarf gebe und ob man die Probleme auch ohne eine öffentliche Förderung lösen könne. Weiter müsse man darüber nachdenken, ob man eventuell eine einzigartige Chance verpasse, sollte man das Projekt nicht durchführen. Was die Haushaltsplanung für 2012 und die

weiteren Jahre betreffe, bewege man sich momentan in einer bestimmten Größenordnung noch im Dunkeln. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen für 2012 und für die Folgejahre sei noch unbekannt. Demzufolge könne man von ihm noch keine endgültige Aussage erwarten.

Frau Helmes bittet darum, dass der Stadtteil Dorenkamp nicht als schrecklicher Stadtteil tituliert werde. Sie bevorzuge eine andere Formulierung für die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Dorenkamp. Eine Möglichkeit sei, dass man exemplarisch mit dem Stadtteil Dorenkamp als Projekt beginne. Vom Grundsatz sei das Projekt eine gute Idee, aber man stehe jetzt in einer enormen Verantwortung. Frau Helmes bemängelt, dass in der Vergangenheit stetig darauf geachtet wurde, rigoros zu sparen, weil die Lage der Stadt dramatisch sei, jetzt sei aber plötzlich solch ein Projekt möglich. Fraglich sei, woher das Geld stamme. Zu einer sozialen Stadt gehöre auch unterstütztes Ehrenamt. Es könne nicht funktionieren, die Fassaden anzustreichen, aber die gewachsenen, ehrenamtlichen Strukturen nicht weiter zu unterstützen. Das ehrenamtliche Leben stehe an erster Stelle, so gut das Projekt auch sei.

Herr Lütke-meier entgegnet, dass er in der Vergangenheit immer über die finanzielle Lage der Stadt informiert habe. Er habe auch nicht behauptet, dass eine einfache Finanzierung möglich sei. Die Frage sei momentan nicht zu beantworten. Herr Lütke-meier stellt klar, dass er nicht zusammen mit der Bürgermeisterin Konsolidierungsvorschläge gemacht habe. Natürlich habe er sich mit dem Haushalt auseinandergesetzt und versucht, noch Ansatzpunkte zu finden, bei denen es noch Konsolidierungsmöglichkeiten gebe. In Einzelfällen habe man auch Aktivitäten, die aus dem Ehrenamt heraus generiert werden, angesprochen. Über diese müsse der Ausschuss dann aber noch entscheiden. Alles, was den Ausschussmitgliedern vorgelegt worden sei, sei im Vorfeld vom gesamten Verwaltungsvorstand beschlossen worden.

Herr Mollen macht deutlich, dass durch das Projekt nicht das Ehrenamt in Rheine zerschlagen werde. Man müsse auch die Chancen des Projektes sehen. Es sei ein Mehrwert mit Förderung für die städtische Entwicklung. Der Eigenanteil den die Stadt leisten müsse, erstrecke sich über 4 Jahre und müsse nicht innerhalb eines Jahres geleistet werden.

Herr Wilp fragt an, ob es bis zur Entscheidung, am 11. Oktober im Rat, eine Liste mit Projekten, die gestreckt oder gegebenenfalls gestrichen werden, gebe und ob bis dahin von Herrn Lütke-meier eine klare Aussage zur Finanzierung getroffen werde.

Herr Kuhlmann versichert, dass es selbstverständlich sei, dass diese Zahlen geliefert werden und dass nach einer internen Diskussion auch Vorschläge zur Umsetzung gemacht werden.

Herr Lütke-meier weist darauf hin, dass er mitgeteilt habe, dass man vermutlich erst Mitte Oktober Daten zum Finanzausgleich bekomme. Orientierungsdaten habe man gestern bekommen. Im investiven Bereich, gerade im Tiefbaubereich, habe man die Investitionen, die bislang in der Investitionsplanung standen, drastisch zurück gefahren. Es werde mindestens 1 ½ Jahre einen Investitionsstopp für neue Projekte geben. Die entscheidenden Probleme liegen aber im Ergebnisplan bei den laufenden Aufwendungen.

Herr Ortel macht deutlich, dass man auf einige Dinge verzichten müsse, wenn man das Projekt durchführen wolle. Sobald deutlich sei, welche Beiträge aus den verschiedenen Fachbereichen geleistet werden, seien die wichtigen Bedenken gegen die Fähigkeit, das Konzept umsetzen zu können, ausgeräumt.

Herr Dewenter fordert, dass in den nächsten 14 Tagen von der Verwaltung ein nachvollziehbares finanzielles Konzept für die Umsetzung des Projektes entwickelt werde. Es müssen dazu klare Hinweise von Herrn Lütke-meier gegeben werden.

Frau Dr. Kordfelder antwortet auf Nachfrage von Herrn Wilp, dass der gesamte Verwaltungsvorstand hinter diesem Projekt stehe. Die Erwartungen, Bedenken, Ängste und Nachfragen, die das ambitionierte, verantwortungsvolle Engagement für die Entwicklung der Stadt widerspiegeln, seien aber auch bei der Verwaltung angekommen. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt können mit Recht stolz auf das Gremium sein. Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass die Verwaltung jederzeit bereit sei, Rede- und Antwort zu stehen. Sollte die Zeit bis zur Ratssitzung am 11. Oktober zu knapp sein, könnte man auch gegebenenfalls 1 bis 2 Wochen später eine Sondersitzung einschieben. Frau Dr. Kordfelder appelliere an die Ausschussmitglieder, das Projekt als Chance zu sehen, um über den Mitteleinsatz einen vielfachen Mehrwert zu generieren.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und verweist sie an den Rat.

**6. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 2246 "Leistungsgewährung nach dem SGB XII" im Fachbereich 2
Vorlage: 212 / 11**

2:39:48

Beschluss:

Nach Vorberatung im Sozialausschuss empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 2246 „Leistungsgewährung nach dem SGB XII“ im Fachbereich 2 zum 01.08.2011 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle
1100/Produktverantwortliche(r) im Fachbereich 1
Vorlage: 261/11**

2:40:19

Beschluss:

Nach Vorberatung im Schulausschuss empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Rheine, den kw-Vermerk für die Stelle 1100/Produktverantwortliche(r) Schulverwaltung im Fachbereich 1 zum 01.07.2012 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle Nr. 0200 "Leiter
des Pressereferates der Stadt Rheine (Pressereferent)"
Vorlage: 316/11**

2:41:09

Herr Dewenter merkt an, dass für die CDU-Fraktion außer Frage stehe, dass eine Stadt in der Größenordnung von Rheine einen Pressereferenten benötige. Unser aller Bestreben sei es jedoch, bis 2015 18 Planstellen einzusparen. Die CDU-Fraktion sehe nach wie vor die Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen darin, alle bis dahin ausscheidenden Stellen mit einem kw-Vermerk zu versehen. Es müsse bei jeder Stelle eingehend begründet werden, warum auf diese Stelle keinesfalls verzichtet werden könne, wenn man sie nachbesetzen möchte. Es sei bei jeder Stelle daher zu untersuchen, ob durch Umorganisation und Aufgabenverlagerung auf die betreffende Stelle verzichtet werden könne. Bei dieser Stelle müsste es, nach Ansicht der CDU-Fraktion möglich sein, eine Person von der Verwaltung mit den Aufgaben des Pressesprechers zu betrauen. Sicherlich würde dadurch eine größere Umorganisation einschließlich einer neuen Stellenbewertung notwendig sein. Selbstverständlich müssten dann auch Aufgaben reduziert oder in andere Abteilungen verlagert werden. Die CDU-Fraktion sei sicher, dass die Verwaltung die Kreativität besäße, dieses zu organisieren. Die CDU-Fraktion spreche sich gegen die Aufhebung des kw-Vermerkes aus.

Herr Holtel macht deutlich, dass die FDP-Fraktion der gleichen Meinung sei, dass es möglich sei, durch Umorganisation bei dieser Stelle Personalkosten einzusparen. Selbstverständlich sei es Aufgabe der Verwaltung, die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen. Die FDP-Fraktion möchte den kw-Vermerk beibehalten.

Herr Reiske erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Entschluss gekommen sei, den Beschlussvorschlag zu unterstützen. Es sei dringend notwendig, dass diese Stelle wieder besetzt werde. Hier halte man es für notwendig, den kw-Vermerk aufzuheben.

Herr Roscher hält fest, dass er die Äußerung, dass man den kw-Vermerk beibehalten wolle, nicht nachvollziehen könne. Der Pressereferent müsse unmittelbar reagieren können. Er habe einen Verantwortungsbereich, der es nicht gestatte,

diese Aufgaben nebenbei zu erledigen. Er müsse für diese Aufgaben freigestellt sein. Die Beibehaltung des kw-Vermerkes bedeute, dass die Stelle nicht wieder besetzt werde und die Stadt Rheine auf einen Pressereferenten verzichte. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen und sehe es für unverzichtbar an, dass die Stelle besetzt werde.

Herr Ortel merkt an, dass sich die AfR-Fraktion in der Entscheidung und der Argumentation der CDU-Fraktion anschließe. Es gehe nicht darum, dass die Stadt Rheine keinen Pressesprecher mehr habe, sondern nur darum, dass durch organisatorische Maßnahmen eine Umstrukturierung stattfinde. An dieser Stelle würde lediglich eine Planstelle eingespart werden, nicht die Funktion.

Frau Fehrmann macht darauf aufmerksam, dass man sich vorgenommen habe, dass die Stadt Rheine eine Marke werden solle und in der Wahrnehmung transparent gemacht werden solle. Unter den Voraussetzungen könne man die Stelle nicht umstrukturieren, sondern müsse sie an dieser Stelle aufbauen. Es wäre ein fataler Fehler, die Stelle zu streichen, wenn man vorhabe, die Stadt Rheine nach außen anders darzustellen.

Herr Mollen macht deutlich, dass es in der Vergangenheit oft die Möglichkeit gegeben habe, einen kw-Vermerk aufrechtzuerhalten. Es mache nachdenklich, dass genau an dieser Stelle, wo die Bürgermeisterin mit dem Pressereferenten sehr eng zusammenarbeiten müsse und ein wichtiges Vertrauensverhältnis notwendig sei, der kw-Vermerk nicht gestrichen werde solle.

Herr Hermeling weist darauf hin, dass man an dieser Stelle mit beiden Beinen in der Organisationskompetenz der Bürgermeisterin stehe. Die Stelle des Pressereferenten werde durch eine solche Entscheidung eliminiert. Die Funktionen seien der Bürgermeisterin aber nicht vorzuenthalten und werden, auch nach der Gemeindeordnung, wahrgenommen werden müssen. Wenn der derzeitige Leiter des Pressereferates ausscheide, sei die Stelle weg. Dieses werde dann auch Konsequenzen in der Organisationseinheit des Pressereferates haben. Außerdem werde man überprüfen müssen, wo im Bereich des Pressereferates Einsparungen möglich seien.

Frau Dr. Kordfelder hält es für die falsche Entscheidung so vorzugehen, wie die Mehrheit es angekündigt habe. Es sei ein fatales Signal nach außen, auch für das Marketing dieser Stadt, wenn die Entscheidung, bezogen auf diese Stelle und nicht auf Personalentscheidungen genereller Art, gleichwohl so getroffen werde.

Herr Dewenter macht deutlich, dass man doch die Möglichkeit habe, durch Umwandeln einer Stelle einen Pressesprecher zu bekommen.

Herr Mollen stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Herr Ortel erläutert, dass man an dieser Stelle zu Personalkosteneinsparungen kommen möchte. Sollte es auf eine andere Art und Weise möglich sein, zu dem Effekt zu kommen, wäre die AfR-Fraktion bereit, dabei mit einzusteigen, ohne die Zielvorstellung dabei aber verlassen zu wollen.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, diese Vorlage an den Rat zu verweisen und in der Zwischenzeit verwaltungsintern eine Lösung zu den erforderlichen Personalkostenpotentialen zu suchen, um den kw-Vermerk aufheben zu können.

Die Fraktionen nehmen die Vorlage zur Kenntnis und erklären sich mit dem Weg einverstanden.

**9. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung, Umsetzung der Anlage 1 der Konsolidierungsvorschläge, Ziff. 1.13 Kündigung des Vertrages über die Zulassungsstelle in Rheine
Vorlage: 328 / 11**

3:06:00

Herr Lütkeemeier informiert auf Nachfrage von Herrn Niehues, dass bei den finanziellen Auswirkungen, durch eine Reduzierung von 4.800 €, eine Haushaltsverbesserung in der Finanzplanung vorliege.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, einen Vertrag über den Betrieb einer Zulassungsstelle mit dem Kreis Steinfurt, dem TÜV Nord sowie der Fa. Senger GmbH Rheine für einen Zeitraum von zwei Jahren mit Verlängerungsoption abzuschließen. Der Zuschuss der Stadt wird auf jährlich max. 11.200,00 € begrenzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung, Umsetzung der Anlage 1 der Konsolidierungsvorschläge, Ziff. 1.15 Aufhebung des Vertrages zur Mitfinanzierung der Kreisleitstelle
Vorlage: 327 / 11**

3:08:22

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass eine Aufhebung des Vertrages zur Mitfinanzierung der Kreisleitstelle zurzeit nicht in Betracht kommt, dass jedoch in Verhandlungen mit dem Kreis eine Verkürzung der Laufzeit um zwei Jahre erreicht werden konnte.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, über den 31.05.2018 hinaus die Kreisleitstelle nicht mehr mit Finanzmitteln aus dem städtischen Haushalt auszustatten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Haushaltskonsolidierung - Sonderbereich 0 - Politische Gremien
 - Budget 0101
 Vorlage: 318/11**

3:09:40

Herr Holtel erläutert, dass die FDP-Fraktion die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages ablehnen werde. Dem Punkt 3 werde die Fraktion zustimmen.

Herr Mollen bittet um Einzelabstimmung der verschiedenen Punkte. Den Punkten 1 und 2 des Beschlussvorschlages werde die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Herr Mollen schlägt vor, unter Punkt 3 den Kostenerstattungsbeitrag für die elektronische Ratsarbeit für Ratsmitglieder ganz zu streichen. In der Summe würden dann 13.200,00 € eingespart werden.

Herr Dewenter informiert, dass die CDU-Fraktion dem Punkt 1 des Beschlussvorschlages nicht zustimmen werde. Herr Dewenter gibt zu Bedenken, dass im Sonderbereich 0, Produktgruppe 02, Position 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Position 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen, bisher keine Einsparungen vorgenommen worden seien. Insgesamt stehe in diesem Bereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Städtepartnerschaften ein Betrag für 2012 von 232.000,00 € zur Verfügung.

Herr Dewenter stellt daher folgenden Prüfauftrag:
Reduzierung der Aufwendungen im Sonderbereich 0, Produktgruppe 02, Position 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Position 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen.

Herr Dewenter hält fest, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu Punkt 2 ebenfalls ablehnen werde. Dem Punkt 3 werde die Fraktion zustimmen.

Frau Dr. Kordfelder hält fest, dass in der Position auch das Geld für den Verkehrsverein mit inbegriffen sei.

Herr Reiske informiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Punkt 2 und 3 des Beschlussvorschlages mittragen könne. Zu Punkt 1 könne sich die Fraktion vorstellen, dass der Bauausschuss mit dem Stadtentwicklungsausschuss zusammengelegt werde. Auch der Schulausschuss könne mit dem Sportausschuss zusammengelegt werden. Den Sozialausschuss und Kulturausschuss würde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter bestehen lassen. Alle Ausschüssen sollten entsprechend verkleinert werden.

Herr Ortel erläutert, dass die AfR-Fraktion die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages ablehnen werde. Dem Punkt 3 werde sie zustimmen.

Frau Dr. Kordfelder erläutert, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage ihrem Arbeitsauftrag Rechnung getragen habe.

Herr Roscher macht deutlich, dass es durch Zusammenlegung der Ausschüsse und Reduzierung der sachkundigen Bürger und Einwohner eine fachliche Konzentration gebe. Pro Sachgebiet würde es nur noch wenige Fachkundige geben. Die Arbeit für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker würde deutlich verdichtet werden. Die Punkte 1 und 2 seien nicht demokratiefördernd.

Herr Hermeling erläutert, dass bei allen Ausschusssitzungen viele Mitarbeiter der Verwaltung anwesend seien und dass diese Sitzungen auch vorbereitet werden müssten. Bei dem Beschlussvorschlag würden pro Jahr 20 Ausschusssitzungen wegfallen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag zur Einzelabstimmung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen, den Bauausschuss mit dem Stadtentwicklungsausschuss zusammenzulegen und den Schulausschuss mit dem Sportausschuss zusammenzulegen, den Sozialausschuss und Kulturausschuss so bestehen zu lassen und alle Ausschüsse zu verkleinern.

Abstimmungsergebnis:

1	Ja-Stimmen
16	Nein-Stimmen
2	Stimmenthaltungen

Frau Dr. Kordfelder lässt dann über den Beschlussvorschlag zu Nr. 1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1	Ja-Stimme
16	Nein-Stimmen
2	Stimmenthaltungen

Frau Dr. Kordfelder lässt dann über den Beschlussvorschlag zu Nr. 2 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

2	Ja-Stimme
17	Nein-Stimmen

Frau Dr. Kordfelder lässt dann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen, die Kosten für die elektronische Ratsarbeit ganz zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

7	Ja-Stimme
10	Nein-Stimmen
2	Stimmenthaltungen

Frau Dr. Kordfelder lässt dann über den Beschlussvorschlag zu Nr. 3 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. den Haupt- und Finanzausschuss
Vorlage: 326 / 11

3:36:01

Frau Dr. Kordfelder informiert auf Nachfrage von Herrn Niehues, dass es weitere 12 Eingaben eines Bürgers aus Rheine gegeben habe, welche wieder zurückgezogen worden seien und daher nicht in der Vorlage aufgeführt worden seien.

Frau Fehrmann hält einige Eingaben für prüfenswert.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlagen beigefügten Anregungen bzw. Beschwerden im Sinne des § 24 Gemeindeordnung NW zu folgendem Ergebnis:

I. Zu Anlage 1:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Eingabe der Eigentümergemeinschaft Feldkante auch an die Bezirksregierung Münster gesandt wurde, die für die Änderung des Regionalplanes zuständig ist. Erst danach ist die Ausweisung einer neuen Windenergie-Konzentrationszone im Flächennutzungsplan der Stadt Rheine möglich.

II. Zu Anlagen 2 – 6:

Eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Anregungen bzw. Beschwerden ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Punkt 1 der Vorlage zur Kenntnis.

<u>Abstimmungsergebnis zu Punkt 2:</u>	18	Ja-Stimmen
	1	Nein-Stimme

13. Einwohnerfragestunde

3:40:12

Es folgen keine Wortmeldungen.

14. Anfragen und Anregungen

14.1. RVM-Strecke, Anfrage von Herrn Niehues

3:40:30

Herr Niehues informiert, dass es in den Sommerferien einen Termin in Spelle gegeben habe. Dort habe man festgestellt, dass innerhalb der Konzeption für den Neuausbau des Hafens eine Eisenbahnverbindung vorgesehen sei. Die Eisenbahnlinie, die nach Spelle führt, müsse man heute möglicherweise unter einem anderen Aspekt diskutieren, als man es in der Vergangenheit nur im Zusammenhang mit der Firma Reckers getan habe. Herr Niehues hält es für notwendig, dass der Haupt- und Finanzausschuss sich mit der Problematik befassen werde. Durch das Streichen der Finanzmittel könne man möglicherweise das KO für die Planungen in Spelle bewirken. Auch die Chancen und Risiken müssen bedacht werden. Herr Niehues bittet um eine Gesamtdarstellung, damit dann entschieden werden könne, ob man sich weiter finanziell engagieren wolle.

Herr Kuhlmann informiert, dass es bereits ein Gespräch mit Herrn Hummeldorf gegeben habe. Die Anliegergemeinden werden hier stärker belastet als die Ge-

meinde, die letztlich davon profitiert. Herr Kuhlmann erläutert, dass er das Thema mit Herrn Dr. Janssen bereits vorbesprochen habe. Aus Sicht von Herrn Kuhlmann soll das Engagement der Stadt Rheine fortgesetzt werden, die RVM-Strecke zu erhalten. Andererseits soll allerdings auch die Chance genutzt werden, bei einer so hohen Interessensquote der Gemeinde Spelle dieses auch für den Verteilungsmaßstab zugrunde zu legen. Die Thematik soll im Aufsichtsrat der EWG angesprochen werden, der Haupt- und Finanzausschuss werde natürlich auch darüber informiert.

Ende des öffentlichen Teils:

20:45 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin